

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

34. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Juli 1981	Nummer 60
---------------------	--	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
20051	3. 6. 1981	RdErl. d. Innenministers Innere Organisation der Regierungspräsidenten; Organisationsplan und Mustergeschäftsverteilungsplan	1304

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden,

Datum		Seite
	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	
24. 6. 1981	Bek. - Sitzungen der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der Ausschüsse	1354
	Hinweise	
	Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 6 v. 25. 6. 1981	1352
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 11 v. 1. 6. 1981	1353
	Nr. 12 v. 15. 6. 1981	1353

I.

20051

**Innere Organisation der Regierungspräsidenten;
Organisationsplan und Mustergeschäftsverteilungsplan**

RdErl. d. Innenministers v. 3. 6. 1981 – II C 3/15 – 33

1. Die letzte generelle Änderung des Mustergeschäftsverteilungsplans für die Regierungspräsidenten ist durch RdErl. v. 17. 9. 1979 (SMBI. NW. 20051) vorgenommen worden. Nunmehr hat es sich als notwendig erwiesen, den gesamten Mustergeschäftsverteilungsplan zu überarbeiten und dem neuesten Stand anzupassen.

2. Die vorliegende Neufassung ist mit allen fachlich zuständigen Ministerien abgestimmt worden. Sie tritt am 1. 7. 1981 in Kraft.

In dem Geschäftsverteilungsplan sind die einzelnen Sachgebiete so genau aufzugliedern, daß der Tätigkeitsbereich jeder Dienstkraft (Dezernenten, Sachbearbeiter, weitere Mitarbeiter) zweifelsfrei ersichtlich ist. Dabei dürfen entsprechend der bisherigen Regelung auch künftig die in dem Mustergeschäftsverteilungsplan aufgeführten Sachgebiete in ihrer Bezeichnung (Wortlaut oder Reihenfolge) weder geändert noch ergänzt werden.

3. Sollten sich im Laufe der Zeit Änderungen als zweckmäßig erweisen, so bitte ich um entsprechende Vorschläge. Da der Mustergeschäftsverteilungsplan nach wie vor nur von mir geändert und ergänzt wird, können Änderungen in die Geschäftsverteilungspläne erst aufgenommen werden, wenn sie im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht worden sind.
4. Mein RdErl. v. 17. 9. 1979 (SMBI. NW. 20051) wird mit Wirkung vom 1. 7. 1981 aufgehoben.

Regierungspräsident

Regierungsvizepräsident

Abteilung 1	Abteilung 2	Abteilung 3	Abteilung 4	Abteilung 5	Abteilung 6
11 Organisations- und Personalangelegenheiten	21 Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten	31 Kommunal- und Sparkassenaufsicht	41 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen - Primar- u. Sekundarstufe I - (innere Schulangelegenheiten)	51 Landschaft, Fischerei	61 Geschäftsstelle des Bezirksamtes, Erhebungsverfahren
12 Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten	22 Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz	32 Gemeindeprüfungsamt	42 Berufsbildende Schulen, Kollegschulen - Sekundarstufe II -, Gesamtschulen sowie nur Detmold: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe (innere Schulangelegenheiten)	52 Gewerbliche Wirtschaft	62 Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur
13 Regierungshauptkasse	23 Gewerbeaufsicht	33 Landesvermessung und Liegenschaftskataster	44.I Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer	53 Verkehr	63 Siedlungsstruktur
14 Vorprüfstelle (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten	24 Gesundheit	34 Staatshochbau	44.II Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen	54 Wasser, Abfallwirtschaft	64 Naturraum
15 Justizariat, Verteidigungsanstalten	25 Polizei	35 Bauaufsicht, Städtebau, Denkmalangelegenheiten	45 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport	55 Vertriebenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung	65 Verkehrs- und Leitungswege
	26 Veterinärangelegenheiten, Lebensmittelüberwachung	36 Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten, Krankenhausförderung		56 Nur Köln: Wiedergutmachung	66 Nur Köln: Braunkohle
	27 Enteignung, Liegenschaften			57 Nur Münster: Lastenausgleich	

Mustergeschäftsverteilungsplan für die Regierungspräsidenten**Inhaltsverzeichnis**

Kennzeichen	Bezeichnung des Dezernates
Abteilung 1	
11	Organisations- und Personalangelegenheiten
12	Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten
13	Regierungshauptkasse
14	Vorprüfungsstelle (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten
15	Justitiariat, Verteidigungslasten
Abteilung 2	
21	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten
22	Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz
23	Gewerbeaufsicht
24	Gesundheit
25	Polizei
26	Veterinärangelegenheiten, Lebensmittelüberwachung
27	Enteignung, Liegenschaften
Abteilung 3	
31	Kommunal- und Sparkassenaufsicht
32	Gemeindeprüfungsamt
33	Landesvermessung und Liegenschaftskataster
34	Staatshochbau
35	Bauaufsicht, Städtebau, Denkmalangelegenheiten
36	Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten, Krankenhausförderung

Kennzeichen	Bezeichnung des Dezernates
Abteilung 4	
41	Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen – Primar- und Sekundarstufe I – (innere Schulangelegenheiten)
42	Berufsbildende Schulen, Kollegschaften – Sekundarstufe II –, Gesamtschulen sowie nur Detmold: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe (innere Schulangelegenheiten)
44.I	Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer
44.II	Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen
45	Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport
Abteilung 5	
51	Landschaft, Fischerei
52	Gewerbliche Wirtschaft
53	Verkehr
54	Wasser, Abfallwirtschaft
55	Vertriebenenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung
Nur Köln:	
56	Wiedergutmachung
Nur Münster:	
57	Lastenausgleich
Abteilung 6	
61	Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates, Erarbeitungsverfahren
62	Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur
63	Siedlungsstruktur
64	Naturraum
65	Verkehrs- und Leitungswege
Nur Köln:	
66	Braunkohle

Dezernat 11 Organisations- und Personalangelegenheiten**1 Organisation****1.1 Geschäftsverteilung****1.2 Geschäftsablauf, Geschäftsordnungen****1.3 Organisations- und Arbeitsplatzüberprüfungen****2 Stellenpläne****3 Personalangelegenheiten****3.1 Beamte****3.2 Angestellte, Arbeiter****4 Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Berufsorganisationen****5 Aus- und Fortbildung****6 Untersuchungsverfahren in Disziplinarsachen****7 Öffentlichkeitsarbeit****8 Nur Köln:**

Vormerkstelle des Landes NW nach dem Soldatenversorgungsgesetz

Anmerkungen zu 11:**Zu Nr. 1 bis 7:**

Für die Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dezernaten, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung (Dezernat 25 für Schutz- und Kriminalpolizei und Dezernat 44.I für Lehrpersonal) getroffen ist.

Liegt bei anderen Dezernaten eine Sonderregelung vor, so ist bei Fragen von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung das Dezernat 11 zu beteiligen.

Noch zu Nr. 1-7:

Hierzu gehört auch die federführende Aufsicht des Dezernats 11 in Detmold über das Staatsbad Oeynhausen, sowie die Dienstaufsicht des Regierungspräsidenten in Köln über das Sozialpädagogische Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Zu Nr. 3:

Hierzu gehören:

Ein- und Anstellung, Ernennung, Eingruppierung, Einreihung in die Lohngruppen, Festsetzung des BDA, Dienstaufwandsentschädigung, Festsetzung der Vergütung der Angestellten und des Lohnes der Arbeiter, Abordnung und Versetzung, Entlassung, Versetzung in den Ruhestand, Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten, Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben, Urlaub, Krankheit, Dienstunfälle, sonstige beamten- und tarifrechtliche Angelegenheiten z.B. Nebentätigkeit, Aussagegenehmigung, Schadenshaftung, Durchführung des G 131 (Abwicklung) und des Schwerbehindertengesetzes, Angelegenheiten nach dem BWGöD, Unabkömmlichstellung der für die zivile Verteidigung eingesetzten Dienstkräfte vom Wehrdienst und Zivildienst, Federführung bei den personellen Angelegenheiten der Mitglieder des Behördenselbstschutzes.

Zu Nr. 6:

Die hierfür eingesetzte Dienstkraft soll grundsätzlich diese Aufgabe auch im Dezernat 31 wahrnehmen.

Dezernat 12 – Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten**1 Beauftragter für den Haushalt**

- 1.1 Aufstellung und Prüfung der Beiträge zum Voranschlag und der Unterlagen für die Finanzplanung
- 1.2 Verteilung der Haushaltsmittel
- 1.3 Überwachung der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel
- 1.4 Anforderung und Verteilung von Betriebsmitteln des Landes und des Bundes
- 1.5 Mitwirkung bei allen Maßnahmen von finanzieller Bedeutung
- 1.6 Zusammenstellung der Beiträge zur Haushaltsrechnung
- 1.7 Mitwirkung bei der Erledigung und Beantwortung von Vorprüfungsmitteilungen des Rechnungsamtes sowie Prüfungsmitteilungen des Landes- und des Bundesrechnungshofs
- 1.8 Mitwirkung bei der Aufstellung der Nachweisung über Forderungen des Landes – insbesondere aus Darlehen –, der Vermögensübersichten des Landes über bewegliche Sachen sowie des Landesgrundbesitzverzeichnisses

2 Hausverwaltung, innerer Dienst

- 2.1 Beschaffungsangelegenheiten, Materialverwaltung
- 2.2 Dienstgrundstücke und Diensträume, Dienstwohnungen, Landesmietwohnungen
- 2.3 Post- und Fernmeldeangelegenheiten
- 2.4 Regierungsamtsblatt, Amtliche Mitteilungen
- 2.5 Hilfsdienste
- 2.6 Kantinenangelegenheiten

3 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Dienstkräfte

- 3.1 Beihilfen, Vorschüsse, Unterstützungen
- 3.2 Dienstreisen, Reisekosten, Dienstkraftwagen, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge, Trennungsschädigung, Umzugskosten, Verpflegungszuschuß
- 3.3 Verfügungsmittel, Aufwandsentschädigung für Personalräte

Anmerkungen zu 12:**Zu Nr. 1.1, 1.2, 1.4 und 1.6:**

Für die Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dezernaten, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist.

Soweit die Fachdezernate (z. B. 25,44.II) durch Sonderregelung zuständig sind, wirkt der Beauftragte für den Haushalt bei der Aufstellung der Beiträge zum Voranschlag, der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel, der Anforderung von Betriebsmitteln und der Zusammenstellung der Beiträge zur Haushaltsrechnung durch Mitzeichnung mit.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehören die Kontrolle der Haushaltsüberwachungslisten, der Nachweisungen über die verteilten Ausgabemittel, der Planstellenüberwachungs- und Planstellenbesetzungslisten, Abwicklung der Vorschüsse und Verwahrungen, Bewilligung von Handvorschüssen sowie die Erfassung der strukturwirksamen Zweckzuwendungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung.

Zu Nr. 1.7:

Der Beauftragte für den Haushalt hat hierbei vor allem die Stellungnahmen mehrerer sachlich beteiligter Dezernate zu Prüfungsmitteilungen des Landes- oder des Bundesrechnungshofs zusammenzufassen.

Zu Nr. 2.1 bis 2.3 und 3:

Für die Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist. Hierzu gehört auch die sächliche Ausstattung für den Behördenselbstschutz.

Zu Nr. 2.5:

Hierzu gehören: Kanzlei und Vervielfältigung, Bücherei, Postein- und -ausgang, Altablage (einschließlich Mikrofilmstelle), Botendienst, Fernsprechkreis, Kraftfahrer, Hausarbeiter, Pförtner und Reinigungsdienst.

Dezernat 13 – Regierungshauptkasse

- 1 Kassenaufgaben als Landeskasse
 - 1.1 Zahlungsverkehr und Geldverwaltung
 - 1.2 Vollstreckung
 - 1.3 Buchführung
 - 1.4 Abrechnung mit der Landeshauptkasse
 - 1.5 Rechnungslegung
 - 1.6 Wertgegenstände
 - 2 Aufgaben als Landeskasse, die den Kassen der Kreise und kreisfreien Städte übergeordnet ist
 - 2.1 Geldversorgung
 - 2.2 Übernahme der Abrechnungsergebnisse
-

Anmerkung zu 13:

Zugleich Vollstreckungsbehörde nach § 2 Verwaltungsvollstreckungsgesetz.

Dezernat 14 – Vorprüfungsstelle (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten

1 Vorprüfung

1.1 Allgemeine Angelegenheiten

1.2 Vorprüfung nach § 100 LHO und der Vorprüfungsordnung für das Land bzw. nach § 56 Abs. 3 Haushaltsgrundsätzegesetz für den Bund

Nur Detmold:

Vorprüfung für den Landesverband Lippe

Nur Düsseldorf:

Vorprüfung für die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen

1.3 Wahrnehmung der vom Landesrechnungshof nach § 100 LHO übertragenen Prüfungsaufgaben

2 Kassenangelegenheiten

2.1 Grundsätzliche Angelegenheiten

2.2 Kassenaufsicht einschließlich Kassenprüfungen

2.3 Mitwirkung bei der Errichtung, Verlegung und Auflösung von Zahlstellen

Dezernat 15 – Justitiariat, Verteidigungslasten

- 1 Allgemeine Rechtsangelegenheiten
 - 1.1 Mitwirkung bei Abschluß von Verträgen und bei der Übernahme von Verbindlichkeiten für den Fiskus
 - 1.2 Rechtsstreitigkeiten vor den Zivilgerichten mit Ausnahme der Verfahren in Wiedergutmachungsangelegenheiten
 - 1.3 Mitwirkung bei der außergerichtlichen Regelung von Schadensersatzansprüchen
 - 1.4 Mitwirkung bei der Untersuchung und Anerkennung von Dienstunfällen
 - 1.5 Gerichts- und ähnliche Kosten
 - 1.6 Rechtsberatung der Dezernate in sonstigen zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten
 - 2 Besondere Rechtsangelegenheiten
 - 2.1 Stiftungen des privaten Rechts

Nur Arnsberg:
und Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Stiftungen Vereinigte Stifte Geseke-Keppel und das Damenstift Lippstadt
 - 2.2 Vereine mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung (Verleihung und Aufsicht)
 - 2.3 Entziehung der Rechtsfähigkeit eines Vereins
 - 2.4 Vermögensrechtliche Angelegenheiten aufgelöster Vereinigungen
 - 2.5 Nachlaßsachen des Fiskus
 - 3 Verteidigungslasten
 - 3.1 Angelegenheiten der Ämter für Verteidigungslasten und Lohnstellen
 - 3.2 Haushaltsangelegenheiten, Sonderrechnungen der ausländischen Streitkräfte
 - 3.3 Entschädigungen
 - 3.31 bei Manöver- und Straßenschäden
 - 3.32 bei Personen- und Sachschäden aus Verkehrsunfällen und sonstigen Unrechtshandlungen
 - 3.4 Prozeßführung bei Nato-Truppenschäden
 - 3.5 Arbeitnehmerangelegenheiten bei den Stationierungsstreitkräften, einschließlich Arbeitsgerichtsstreitigkeiten
 - 4 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz
 - 5 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Architektengesetz
-

Anmerkungen zu 15:**Zu Nr. 1.4:**

Dienstunfälle werden in den Dezernaten bearbeitet, die für die Personalangelegenheiten der betroffenen Dienstkräfte zuständig sind.

Zu Nr. 1.6:

Die Beratung bezieht sich auch auf die Behandlung grundbuchrechtlicher Angelegenheiten.

Zu Nr. 2.2:

Die Angelegenheiten der privaten Versicherungsvereine werden im Dezernat 52 bearbeitet.

Zu Nr. 3:

Finanzielle Angelegenheiten der Stationierungsstreitkräfte.

Zu Nr. 3.31:

Bei gemeinsamen Manövern auch Bundeswehr.

Zu Nr. 3.32:

Hierzu gehören auch die Belegungsschäden.

Dezernat 21 – Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten

- 1 Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Gefahrenabwehr), soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist. Hierzu gehören insbesondere
 - 1.1 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 1.2 Ausländerangelegenheiten
 - 1.3 Paß- und Personalausweisangelegenheiten
 - 1.4 Meldewesen
 - 1.5 Obdachlosenangelegenheiten
 - 1.6 Sammlungen, Lotterien und Ausspielungen
 - 1.7 Glücks- und Geschicklichkeitsspiele, Buchmacher- und Totalisatorangelegenheiten
 - 1.8 Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
 - 1.9 Schutz der Sonn- und Feiertage
 - 1.10 Lärmbekämpfung
 - 1.11 Friedhofsangelegenheiten
 - 2 Wahrnehmung der Geschäfte des Vertreters des öffentlichen Interesses bei den Verwaltungsgerichten
 - 3 Staatshoheitsangelegenheiten
 - 3.1 Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
 - 3.2 Personenstands- und Standesamtsangelegenheiten, Namensänderungsangelegenheiten und Namensfeststellungsverfahren
 - 3.3 Auszeichnungen, Ehrungen
 - 3.4 Auswanderungsangelegenheiten
 - 3.5 Statistik
 - 3.6 Verkehr mit ausländischen amtlichen Vertretungen, Nachlaßangelegenheiten von im Ausland verstorbenen Personen
 - 3.7 Kriegsgräberfürsorge
 - 3.8 Sonstige Staatshoheitsangelegenheiten, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 4 Wehrpflicht, Zivildienst
 - 4.1 Erfassungsangelegenheiten
 - 4.2 Unabkömmlichstellung vom Wehrdienst und Zivildienst
 - 5 Manöver und andere Übungen
 - 5.1 Anmeldeverfahren
 - 5.2 Übungsgebiete mit zusammengefaßter Anmeldung
 - 6 Angelegenheiten der Streitkräfte
 - 7 Allgemeine Angelegenheiten aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht, dem Verwaltungsverfahrensrecht und dem Verwaltungsgebührenrecht
- Nur Arnsberg und Köln:**
- 8 Aufsichtsbehörde gem. §§ 30, 40 Bundesdatenschutzgesetz, Ordnungswidrigkeiten nach dem Datenschutzgesetz NW
-

Anmerkungen zu 21:**Zu Nr. 1.1:**

Hierzu gehören auch die Mitwirkung bei Verordnungen der Landesordnungsbehörde und die Prüfung von ordnungsbehördlichen Verordnungen.

Zu Nr. 1.10:

Vgl. hierzu Dezernat 23 und Dezernat 52.

Zu Nr. 2:

Verwaltungsstreitverfahren, die von den Regierungspräsidenten zu führen sind, werden grundsätzlich von den jeweils sachlich zuständigen Dezernaten bearbeitet. Diese Regelung umfaßt auch die Vertretung der Behörde vor den Verwaltungsgerichten.

Zu Nr. 4.2:

Hierzu gehören die allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten sowie Einzelfälle, soweit die Bearbeitung bei bestimmten Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen nicht anderen Dezernaten (11, 22, 23, 24, 31, 44.I, 52, 53, 54) zugewiesen ist.

Zu Nr. 5:

Hierzu gehören die Koordinierung der zivilen Interessen sowie die Angelegenheiten der Anforderungsbehörden auf dem Gebiet des Manöverwesens.

Zu Nr. 6:

Hierzu gehören die Koordinierung der zivilen Interessen sowie die nicht in die fachliche Zuständigkeit anderer Dezernate fallenden Angelegenheiten, insbesondere die Sicherungsmaßnahmen bei Schieß- und Munitionsanlagen der Streitkräfte sowie die Mitwirkung in gemischten Kommissionen.

Dezernat 22 – Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz

- 1 Planung und Aufbau der zivilen Verteidigung
 - 1.1 Aufrechterhaltung der Verwaltung
 - 1.11 Zivile Alarmplanung
 - 1.12 ZS-Orts- und Kreisbeschreibung
 - 1.13 Behördenorganisation im Verteidigungsfall
 - 1.14 Aufsicht über den Behördenselbstschutz
 - 1.15 Aus- und Fortbildung
 - 1.2 Schutz der Zivilbevölkerung
 - 1.21 Selbstschutz der Zivilbevölkerung
 - 1.22 Baulicher Zivilschutz
 - 1.23 Warndienst
 - 1.24 Aufenthaltsregelung
 - 1.3 Sicherstellung der Versorgung
 - 1.31 Koordinierung der Fachmaßnahmen
 - 1.32 Objektschutz
 - 1.33 Materielle Bedarfsdeckung, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind
 - 1.34 Stationierungsplanung
 - 1.4 Zivil-militärische Zusammenarbeit, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind
 - 2 Katastrophenschutz
 - 2.1 Organisation, Einsatz und Verwendung
 - 2.2 Rechtsverhältnisse der Helfer
 - 2.3 Aus- und Fortbildung
 - 3 Wirtschaftliche Angelegenheiten (ohne Kampfmittelbeseitigung)
 - 3.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 3.2 Bau- und Unterkunftsangelegenheiten
 - 3.3 Ausstattung einschließlich Kraftfahrzeuge und Gerät
 - 3.4 Kraftfahrzeugunfälle, Schadensersatzansprüche und sonstige vermögensrechtliche Angelegenheiten
 - 3.5 Zuwendungen zur Förderung des Feuerschutzes und des Rettungswesens
 - 3.6 Sonstige Ausgaben
 - 4 Feuerschutz und Rettungswesen
 - 4.1 Vorbeugender Brandschutz
 - 4.2 Abwehrender Brandschutz
 - 4.21 Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Feuerwehren
 - 4.22 Feuerwehrbauten und -anlagen
 - 4.23 Inspektion der Feuerwehren
 - 4.3 Feststellung der Beihilfefähigkeit von Feuerschutzmaßnahmen
 - 4.4 Rettungswesen
 - 5 Kampfmittelbeseitigung
 - 6 Fernmeldewesen für Katastrophenabwehr, Feuerschutz und Rettungswesen
-

Anmerkungen zu 22:**Zu Nr. 1.1–1.4:**

Hierzu gehören auch Lehrgänge, Übungen, Planspiele und Planuntersuchungen.

Zu Nr. 2.1:

Hierzu gehören die Überwachung des Katastrophenschutzes – mit Ausnahme des Brandschutzes – nach Bundes- und Landesrecht in den Kreisen und kreisfreien Städten, außerdem die Katastrophenschutzplanung auf Bezirksebene (KSL-Bezirk).

Zu Nr. 2.2:

Hierzu gehören Grundsatzfragen der Freistellung von Angehörigen des Katastrophenschutzes vom Wehrdienst und Zivildienst sowie die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 8 Abs. 3 KatSG).

Zu Nr. 3.2:

Hierzu gehören auch Auswahl und Anmietung von Lagern zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung.

Zu Nr. 3.6:

Hierzu gehört insbesondere die Bearbeitung von Ersatzleistungen an Angehörige des Katastrophenschutzes, Lehrpersonal und Arbeitgeber.

Zu Nr. 4.4:

Hierzu gehört auch die Feststellung der Beihilfefähigkeit für Beschaffungen und Baumaßnahmen im Rettungswesen.

Zu Nr. 6:

Unter technischer Beratung durch Dezernat 25

Dezernat 23 – Gewerbeaufsicht

- 1 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte der Fachrichtung Gewerbeaufsicht
- 2 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter

Nur Arnsberg und Düsseldorf:

und des Staatlichen Gewerbearztes

- 3 Arbeitsstätten
- 4 Technische Arbeitsmittel
- 5 Gefährliche Arbeitsstoffe
- 6 Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit
- 7 Allgemeiner betrieblicher Unfall- und Gesundheitsschutz
- 8 Überwachungsbedürftige Anlagen

Nur Detmold, Düsseldorf und Köln:

Angelegenheiten der Technischen Überwachungsorganisationen

- 9 Sprengstoffangelegenheiten
- 10 Unfallverhütung im Rahmen der Eigenunfallversicherung des Landes NW
- 11 Strahlenschutz und Kernenergieanlagen
- 12 Arbeitszeitschutz
- 13 Arbeitsschutz für besonders schutzbedürftige Personengruppen

Nur Arnsberg, Detmold und Düsseldorf:

- 14 Arbeits- und Entgeltschutz für Heimarbeiter
- 15 Allgemeiner Immissionsschutz
- 16 Genehmigungsbedürftige Anlagen
- 17 Mitwirkung bei den Aufgaben der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes
- 18 Mitwirkung bei der Entwicklungsplanung, Bauleitplanung und der Entscheidung über Einzelbauvorhaben

Anmerkungen zu 23:**Zu Nr. 2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 23 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 8:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung der im öffentlichen Auftrag tätigen Wehr- und Zivil-dienstpflichtigen der Technischen Überwachungsvereine, soweit nicht Dezernat 53 zuständig ist.

Zu Nr. 9:

Vgl. hierzu die Zuständigkeit des Dezernats 25.

Zu Nr. 12:

Die Angelegenheiten der Sperrzeitregelung werden im Dezernat 52 und des Gesetzes über den Ladenschluß (ausgenommen § 17) im Dezernat 21 bearbeitet.

Zu Nr. 15:

Vgl. hierzu die Zuständigkeiten des Dezernats 21 nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz, Gaststättengesetz, den §§ 64 ff GewO (Gaststätten und Märkte) sowie des Dezernats 35 für Fragen der Bauleitplanung.

Zu Nr. 16:

Hierzu gehören auch Planfeststellungen und Genehmigungen nach § 7 Abs. 3 des Abfallbeseitigungsgesetzes und § 18 Abs. 2 des Landesabfallgesetzes mit Ausnahme von Kompostwerken und Aufbereitungsanlagen für die Kompostierung und Ablagerung sowie von räumlich und betrieblich selbständigen Aufbereitungsanlagen.

Dezernat 24 - Gesundheit

- 1 **Medizinische Aufgaben**
 - 1.1 Gesundheitsämter
 - 1.2 Ärzte, Zahnärzte, Dentisten
 - 1.3 Heilpraktiker, nichtärztliche Heilberufe
 - 1.4 Krankenhäuser, Institute, Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO)
 - 1.41 Gesundheitsbehördliche Aufsicht
 - 1.42 Krankenhausbedarfsplanung (Bettenplanung)
 - 1.43 Mitwirkung bei der Krankenhausförderung
 - 1.5 Kurorte, Erholungsorte, Heilquellen
Nur Detmold:
Medizinische Angelegenheiten des Staatsbades Oeynhausen
 - 1.6 Allgemeine Gesundheitshilfe
 - 1.61 Gesundheitshilfe für besondere Personengruppen
 - 1.62 Zahnärztlicher Gesundheitsdienst
 - 1.63 Gesundheitserziehung
 - 1.64 Nur Köln:
Bearbeitung von Entschädigungsansprüchen nach Unfruchtbarmachung
 - 1.7 Allgemeiner Gesundheitsschutz
 - 1.71 Umwelthygiene, Trinkwasserhygiene, humanmedizinische Fragen der Lebensmittelhygiene, Beseitigung fester und flüssiger Abfallstoffe, Bäderhygiene
 - 1.72 Mitwirkung bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes und der Kernenergie
 - 1.73 Seuchenverhütung und -bekämpfung, Tuberkulosebekämpfung
 - 1.74 Desinfektion und Sterilisation
 - 1.75 Impfanangelegenheiten
 - 1.76 Nur Düsseldorf und Münster:
Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Hygienisch-bakteriologischen Landesuntersuchungsämter
 - 1.77 Leichenwesen und Bestattungsangelegenheiten
 - 1.8 Medizinische Angelegenheiten des Katastrophenschutzes, Zivilschutz im Gesundheitswesen, Mitwirkung im Rettungswesen
 - 1.9 Gutachterwesen, fachtechnische Überprüfung von Rechnungen und Rezepten
 - 1.10 Medizinalstatistik, Jahresgesundheitsbericht
- 2 **Pharmazeutische Aufgaben**
 - 2.1 Amtsapotheker
 - 2.2 Apotheker

Nur Düsseldorf und Münster:**Durchführung des Dritten Prüfungsabschnitts für Apotheker**

- 2.3 Pharmazeutisch-technische Assistenten
 - 2.4 Arzneimittelangelegenheiten
 - 2.41 Arzneimittelhersteller und Arzneimittelgroßhandel (einschl. Export und Import von Arzneimitteln)
 - 2.42 Klinische Prüfung von Arzneimitteln
 - 2.43 Arzneiversorgung in Krankenhäusern
 - 2.5 Betäubungsmittel
 - 2.6 Heilmittelwerbung
 - 2.7 Gifte
 - 2.8 Blutspendedienste und Plasmapheresezentren
 - 2.9 Notdepots mit Sera und Plasmadeviraten
 - 2.10 Natürliche Heilmittel des Bodens
 - 2.11 ZS-Sanitätslager
-

Anmerkungen zu 24:**Zu Nr. 1.6:**

Hierzu gehört auch die Hilfe für psychisch Kranke. Die Angelegenheiten der Unterbringung von psychisch Kranken sind federführend in diesem Dezernat zu bearbeiten.

Zu Nr. 1.74:

Hierzu gehören auch Angelegenheiten der Schädlingsbekämpfer, die hochgiftige Stoffe verwenden.

Zu Nr. 1.76:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen in den im öffentlichen Auftrag tätigen Hygieneinstituten.

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 24 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Dezernat 25 – Polizei

- 1 . Verwaltungsangelegenheiten
 - 1.1 Organisation und Geschäftsbetrieb der Polizeibehörden
 - 1.2 Polizeibeiräte
 - 1.3 Hilfspolizeibeamte
 - 1.4 Polizeirechtliche Angelegenheiten
 - 1.41 Versammlungsangelegenheiten, Aufgaben der Polizei auf dem Gebiet des Vereinswesens
 - 1.42 Aufgaben der Polizei auf dem Gebiet des Waffen-, Munitions- und Sprengstoffwesens, Schießstätten
 - 1.43 Verkehrsordnungswidrigkeiten (einschl. Aufsicht über die Bußgeldstellen) und andere Ordnungswidrigkeiten, für deren Ahndung die Kreispolizeibehörden zuständig sind
 - 1.44 Sonstige polizeirechtliche Angelegenheiten
 - 1.5 Personalangelegenheiten der Verkehrsüberwachungsbereitschaft, der Technischen und Versorgungsdienste und der Kreispolizeibehörden
 - 1.51 Polizeivollzugsbeamte
 - 1.52 Mitwirkung bei Personalangelegenheiten der Verwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeiter
 - 1.6 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Verkehrsüberwachungsbereitschaft, der Technischen und Versorgungsdienste, der Kreispolizeibehörden und der Polizeieinrichtungen
 - 1.61 Haushaltsangelegenheiten
 - 1.62 Persönliche und sächliche Ausgaben für Polizeivollzugsbeamte
 - 1.63 Unterkunftsangelegenheiten, Raumprogramme
 - 1.64 Schadensersatzansprüche und sonstige vermögensrechtliche Angelegenheiten
 - 1.65 Sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten
 - 1.7 Polizeiärztlicher Dienst, Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Polizeiveterinärdienst
 - 2 Schutzpolizei
 - 2.1 Organisation, Einsatz und Verwendung, Zivilschutz im Bereich der Polizei
 - 2.2 Aus- und Fortbildung, Nachwuchswerbung, Ausrüstung und Bewaffnung
 - 2.3 Verkehrsangelegenheiten
 - 2.4 Kraftfahrangelegenheiten
 - 2.5 Fernmeldeangelegenheiten
 - 3 Kriminalpolizei
 - 3.1 Organisation, Einsatz und Verwendung
 - 3.2 Aus- und Fortbildung, Nachwuchswerbung
 - 3.3 Polizeilicher Staatsschutz
-

Dezernat 26 – Veterinärangelegenheiten, Lebensmittelüberwachung

- 1 Amtstierärzte
 - 2 Tierärzte
 - 3 Tierseuchenbekämpfung
 - 4 Schlacht tier- und Fleischbeschau, Fleischbeschaupersonal
 - 5 Geflügelfleisch-Hygiene, Geflügelfleischkontrolleure
 - 6 Lebensmittelüberwachung
 - 6.1 Allgemeine Fragen, Chemische und Lebensmitteluntersuchungsämter
 - 6.2 Lebensmittel tierischer Herkunft
 - 6.3 Sonstige Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände, Erzeugnisse der Weinwirtschaft
 - 6.4 Lebensmittelchemiker und -kontrolleure
 - 7 Tierkörperbeseitigung
 - 8 Angelegenheiten im Rahmen des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung
 - 9 Tierärztliche Angelegenheiten bei der Tierzucht
 - 10 Tierschutz
 - 11 Verkehr mit Tierarzneimitteln, Impfstoffen und Futtermitteln

Nur Arnsberg, Detmold, Düsseldorf und Münster:
 - 12 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der staatlichen Veterinäruntersuchungsämter sowie

Nur Münster:
des chemischen Landesuntersuchungsamtes
 - 13 Mitwirkung bei der Ausbildung und Prüfung der Hufbeschlagschmiede
-

Anmerkungen zu 26:**Zu Nr. 3:**

Hierzu gehören auch Schlachthöfe, Nutz- und Schlachtviehmärkte und sonstige Absatzveranstaltungen, Tierschauen und Ausstellungen.

Zu Nr. 12:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 26 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Dezernat 27 - Enteignung, Liegenschaften**1 Enteignung**

- 1.1 Enteignungsverfahren nach dem Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum von 1874 in Verbindung mit dem Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren
- 1.2 Enteignungsverfahren nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz
- 1.3 Enteignungsverfahren nach sonstigen Vorschriften
- 1.4 Entschädigungen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm und nach § 17 Abs. 4 Satz 2 Bundesfernstraßengesetz

2 Liegenschaften

- 2.1 Erwerb, Veräußerung, Tausch und Belastung von Grundstücken nach Maßgabe der Grundstücksverkehrsordnungen - GVKA -, Aneignung herrenloser Grundstücke
- 2.2 Verwaltung der landeseigenen Grundstücke und Gebäude mit Zubehör, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
- 2.3 Ermittlung der marktüblichen Mietwerte für Mietwohnungen, Geschäftsräume und Diensträume sowie gewerblich genutzte unbebaute Grundstücke des Landes, die von den Behörden oder Einrichtungen des Landes verwaltet werden
- 2.4 Verwaltung des ehemaligen NS-Vermögens (beweglich und unbeweglich, Hypotheken und Darlehen)
- 2.5 Domänen, landwirtschaftlich genutzte Sondervermögen

Nur Detmold:

- 2.6 Vermögens- und Schuldenverwaltung des ehemaligen Landes Lippe

Nur Düsseldorf:

- 2.7 Verwaltung von Wertpapieren des Landes NW

3 Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Grundstücken**Nur Detmold:**

- 3.1 Haus Büren'scher Fonds und Paderborner Studienfonds

Nur Düsseldorf:

- 3.2 Bergischer Schulfonds und Gymnasialfonds Münstereifel

Nur Münster:

- 3.3 Münster'scher Studienfonds und Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Nur Düsseldorf und Köln:**4 Westwallentfestigung**

Anmerkungen zu 27:**Zu Nr. 1.3:**

Hierzu gehören auch Beschwerdeverfahren nach dem Schutzbereichsgesetz und Verfahren nach § 9 des Wertausgleichsgesetzes (SGV. NW. 54).

Zu Nr. 2.2:

Sonderregelungen für Dezernate 12, 25 und 44.II.

Zu Nr. 3:

Die Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten werden federführend im Dezernat 11 in Zusammenarbeit mit dem Dezernat 27 bearbeitet (s. Dez. 11, Anmerk. zu Nr. 1 bis 7). In Haushaltsangelegenheiten wirkt der Beauftragte für den Haushalt durch Mitzeichnung mit (s. Dez. 12, Anmerk. zu Nr. 1.1, 1.2, 1.4 und 1.6).

Dezernat 31 – Kommunal- und Sparkassenaufsicht

- 1 Allgemeine Kommunalaufsicht
 - 1.1 Grundsatzangelegenheiten des Kommunalverfassungsrechts
 - 1.2 Prüfung, Genehmigung von Satzungen
 - 1.3 Gebietsänderungen, Entscheidungen in Grenzstreitigkeiten
 - 1.4 Flaggen-, Wappen- und Siegelführung
 - 1.5 Wahlen
 - 1.6 Angelegenheiten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit
 - 1.7 Sonstige kommunalaufsichtliche Angelegenheiten
 - 2 Finanzangelegenheiten und wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden (GV)
 - 2.1 Finanzaufsicht
 - 2.11 Allgemeine Haushalts- und Kassenangelegenheiten, Genehmigung von Haushaltssatzungen
 - 2.12 Kredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und andere Sicherheitsgestellungen
 - 2.13 Veräußerungs- und Verpflichtungsgeschäfte
 - 2.14 Örtliche Stiftungen nach der Gemeindeordnung
 - 2.15 Vergabewesen, Anlaufstelle für VOB-Beschwerden
 - 2.16 Besondere gesetzliche Beteiligungen
 - 2.2 Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Kommunalabgaben
 - 2.3 Finanzausgleich
 - 2.31 Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Kreise
 - 2.32 Angelegenheiten der Fehlbetragsgemeinden
 - 2.33 Sonstige Zuweisungen nach § 11 FAG
 - Nur Köln:**
sowie Finanzhilfen des Bundes und des Landes für den Raum Bonn
 - 2.34 Zuweisungen zu den Auftragsaufgaben und Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung
 - 2.35 Zweckgebundene Finanzzuweisungen für den Straßenbau im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbunds
 - 2.36 Zuweisungen für kommunale Verwaltungsbauten
 - 2.37 Krankenhausumlage
 - 2.38 Beteiligung bei sonstigen zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden (GV)
 - 2.4 Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer, Gewerbesteuerumlage
 - 2.5 Wirtschaftliche Unternehmen, Beteiligungen und öffentliche Einrichtungen, die wie Eigenbetriebe geführt werden
 - 2.6 Aufsicht über die Zusatzversorgungskassen
 - 2.7 Auswertung der Berichte der Gemeindeprüfungsämter und Ausräumung von Prüfungsbemerkungen
- 3 Kommunales Dienstrecht
 - 3.1 Beamten- und besoldungsrechtliche Angelegenheiten; Stellenpläne; Disziplinarsachen
 - 3.2 Angelegenheiten der Angestellten und Arbeiter
- 4 Sparkassenaufsicht
- 5 Koordinierung strukturwirksamer Förderungsmaßnahmen
- Nur Düsseldorf, Köln und Münster:**
 - 6 Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Einrichtungen

Dezernat 32 – Gemeindeprüfungsamt**1 Allgemeine Prüfungsangelegenheiten****1.1 Aufsicht über die Gemeindeprüfungsämter der Kreise****1.2 Jahresberichte gem. § 135 Gemeindefinanzgesetz****1.3 Fortbildung der Prüfer der Gemeindeprüfungsämter der Kreise****2 Überörtliche Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Sondervermögen****2.1 der kreisfreien Städte, Kreise und Zweckverbände****2.2 der örtlichen Zusatzversorgungskassen****Nur Düsseldorf:****2.3 der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, des Kommunalverbandes Ruhrgebiet sowie der Versorgungskassen und der überörtlichen Zusatzversorgungskassen****3 Pflichtprüfung des Jahresabschlusses kommunaler Betriebe, Krankenhäuser (ohne Rechtspersönlichkeit) und Gesellschaften****4 Sonderprüfungen**

Dezernat 33 – Landesvermessung und Liegenschaftskataster**1 Verwaltungsangelegenheiten****1.1 Ausbildungs-, Fortbildungs- und Prüfungsangelegenheiten vermessungstechnischer Fachkräfte****Nur Münster:**

Geschäftsführung des Prüfungsausschusses für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Vermessungs- und Katasterdienstes im Lande NW

1.2 Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Vermessungstechniker**1.3 Haushaltsangelegenheiten****1.4 Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und Sachverständige auf dem Gebiet des Vermessungswesens****1.5 Gutachterausschüsse, Ermittlung von Grundstückswerten****Nur Düsseldorf:**

Geschäftsstelle des Oberen Gutachterausschusses

1.6 Beschaffung und Verwaltung der vermessungstechnischen Instrumente, Geräte, Vordrucke und des Zeichenbedarfs**2 Landesvermessung****2.1 Katastervermessung****2.2 Aufnahmepunktfeld (AP-Feld)****2.3 Trigonometrisches Festpunktfeld (TP-Feld), Nivellementpunktfeld (NivP-Feld)****2.4 Deutsche Grundkarte 1:5000, Bodenkarte 1:5000, sonstige Karten****2.5 Vermessungs- und kartentechnische Angelegenheiten auf dem Gebiet des Bau-, Boden- und Planungsrechts****2.6 Nur Düsseldorf, Köln und Münster:**

Vermessungstechnische Angelegenheiten an der Bundesgrenze

3 Liegenschaftskataster**3.1 Einrichtung und Führung****3.2 Verbindung mit dem Grundbuch****3.3 Bodenschätzung und Verbindung mit dem Grundbesitzkataster der Finanzverwaltung****3.4 Flurbereinigung, Umlegung, sonstige Bodenordnungsmaßnahmen****3.5 Katasterarchiv**

Anmerkungen zu 33:**Zu Nr. 1.1:**

Hierzu gehört auch der Prüfungsausschuß für den Ausbildungsberuf Vermessungstechniker und der Prüfungsausschuß für Meßgehilfen.

Zu Nr. 1.4:

Hierzu gehören auch Angelegenheiten der sonstigen freiberuflich tätigen Vermessungsingenieure.

Zu Nr. 3.1:

Hierzu gehören auch die Zweckdienlichkeitsbescheinigungen, Unschädlichkeitszeugnisse, Gebührenanfragen und die Statistik der Bodennutzung.

Dezernat 34 - Staatshochbau

- 1 Staatlicher Hochbau
 - 1.1 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Hochbau
 - 1.2 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der örtlichen Staatshochbaudienststellen
 - 1.3 Baumaßnahmen
 - 1.31 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschl. Grundstücks- und Gebäudebewertung
 - 1.311 Universitäten und Hochschulen des Landes
 - 1.312 Sonstige staatliche Bauten
 - 1.32 Bauunterhaltung, energiesparende Maßnahmen, Kultusbaulasten
 - 1.4 Sachverständige für die Staatshochbauverwaltung
 - 1.41 Technische Gebäudeausrüstung
 - 1.42 Elektrotechnische Anlagen
 - 1.43 Bauingenieurwesen
 - 1.44 Landschafts- und Gartengestaltung
 - 1.5 Vorprüfungsstelle für Bauausgaben
 - 1.6 Vergabe- und Vertragsangelegenheiten
 - Nur Köln:
 - 1.7 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Bauunterhaltung für die Kernforschungsanlage Jülich
 - Nur Köln:
 - 1.8 Ausbau der Verkehrsflughäfen
 - 2 Fachtechnische Mitwirkung bei Baumaßnahmen nichtstaatlicher Bauträger
 - 2.1 Schulen, sonstige Bildungsstätten, Sportanlagen
 - 2.2 Krankenhäuser und Kliniken
 - 2.3 Landesbediensteten- und Bergarbeiterwohnungsbau
 - 2.4 Sonstige Baumaßnahmen
-

Anmerkungen zu 34:**Zu Nr. 1.2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 34 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 1.31:

Zu diesem Arbeitsgebiet gehören auch Gebäudeschätzungen und die für die Bewertung eines Grundstücks oder Gebäudes notwendigen Prüfungen.

Zu Nr. 2.4:

Hierzu gehören auch Lärmschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm sowie Maßnahmen zur Beseitigung baulicher Hindernisse für alte und behinderte Menschen.

Dezernat 35 – Bauaufsicht, Städtebau, Denkmalangelegenheiten

- 1 Bauaufsicht
 - 1.1 Baurechtliche und bautechnische Vorschriften der Landesbauordnung und ihrer Durchführungsverordnungen
 - 1.2 Teilungsgenehmigungen
 - 1.3 Vorhaben
 - 1.4 Befreiungen
 - 1.5 Verwaltungsverfahren in Bauangelegenheiten
 - 1.6 Ortssatzungen aufgrund der Landesbauordnung
 - 1.7 Bauliche Anlagen besonderer Art und Nutzung
 - 1.8 Planungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Behandlung baulicher Anlagen des Bundes, der Länder und der Stationierungsstreitkräfte
 - 1.9 Baugebühren
 - 1.10 Geschäftsprüfungen
- 2 Städtebau
 - 2.1 Bauleitplanung, Stadtentwicklungsplanung
 - 2.2 Sicherung der Infrastruktur
 - 2.3 Veränderungssperren
 - 2.4 Gemeindliches Vorkaufsrecht
 - 2.5 Satzungen für im Zusammenhang bebaute Ortsteile
 - 2.6 Satzungen für die Erhaltung baulicher Anlagen
 - 2.7 Erschließungsanlagen
 - 2.8 Wohnungsbauprogramme
 - 2.9 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Städtebau und Stadtbauwesen
- 3 Städtebauförderung
 - 3.1 Vorbereitung von Förderungsprogrammen und -maßnahmen
 - 3.2 Formliche Festlegung von Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen, sonstige rechtsförmliche Entscheidungen
 - 3.3 Bestätigung von Sanierungsträgern
 - 3.4 Förderung von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
 - 3.5 Förderung von Betriebsverlagerungen
 - 3.6 Förderung von Anlagen und Einrichtungen für Freizeitgestaltung und Erholung und von Bürgerhäusern
 - 3.7 Förderung von Grün-, Spiel- und Erholungsflächen und sonstigen Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung
 - 3.8 Förderung gewerblicher Bauflächen
 - 3.9 Förderung von Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, von Fußgängerzonen, Parkhäusern und Tiefgaragen
 - 3.10 Förderung städtebaulicher Untersuchungen, Planungen und Wettbewerbe
 - 3.11 Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen Sonderprogrammen

Nur Arnsberg, Düsseldorf, Münster:
Grundstücksfonds Ruhr

- 4 Denkmalschutz und Denkmalpflege
 - 4.1 Aufgaben der Oberen Denkmalbehörde für kreisfreie Städte
 - 4.2 Denkmalförderungsprogramm
 - 4.3 Ablieferungsangelegenheiten
 - 4.4 Widersprüche
 - 5 Anhörungsverfahren nach dem Landbeschaffungs-, Schutzbereich- und Luftverkehrsgesetz
 - 6 Geschäftsführung des Oberen Umlegungsausschusses
-

Anmerkungen zu 35:

Zu Nr. 1.1:

Zu diesem Arbeitsgebiet gehört u. a. die mitwirkende Wahrnehmung von bauaufsichtlichen Belangen bei Bauleitplänen, die federführend unter Nr. 2.1 bearbeitet werden. Hierzu gehören ferner die Baubeschränkungen zur Sicherung der Gewinnung von Bodenschätzen.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehört auch die planungsrechtliche Beurteilung nach §§ 29 ff Bundesbaugesetz und der Baunutzungsverordnung.

Zu Nr. 1.4:

Hierzu gehören auch Befreiungen von Festsetzungen in Bebauungsplänen sowie Entscheidungen über Ausnahmen vom Genehmigungsverbot nach § 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm, soweit nicht über eine Ausnahme bereits bei der Genehmigung eines Bebauungsplanes entschieden worden ist.

Zu Nr. 1.7:

Hierzu gehören u. a. Versammlungsräume, Theater, Lichtspieltheater, Geschäftshäuser, Garagen, Hochhäuser und fliegende Bauten.

Zu Nr. 2.1:

Hierzu gehört die Mitwirkung bei der Festlegung von Ortsdurchfahrten (§ 5 FStrG, §§ 5, 44 LStrG)

Zu Nr. 2.7:

Zustimmung gemäß § 125 Abs. 2 Bundesbaugesetz.

Zu Nr. 3.5 bis 3.9 und 3.11:

Hierzu gehört auch die Erfolgskontrolle

Zu Nr. 4:

Nur mitwirkend bei Festlegung von Denkmalbereichen im Bebauungsplan (zuständig Dez. 35.2) Enteignungsverfahren, Ablieferungsentschädigung (zuständig Dez. 27) Denkmalförderung im Rahmen der Städtebauförderung (zuständig Dez. 35.3) oder der Wohnungsmodernisierung (zuständig Dez. 36).

Dezernat 36 – Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten, Krankenhausförderung

1 Bauförderung

1.1 Förderung des sozialen Wohnungsbaues

1.2 Landesbedienstetenwohnungsbau

1.3 Förderung von Krankenhäusern einschließlich damit verbundener Einrichtungen sowie sonstiger Einrichtungen, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist

Nur Düsseldorf und Köln:

1.4 Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues

1.5 Förderung des steuerbegünstigten Wohnungsbaues

2 Wohnungsmodernisierung

3 Wohnungsbindungsrecht

4 Steuerbegünstigter Wohnungsbau – Anerkennungsverfahren

5 Wohngeld

6 Wohnungsaufsicht

7 Siedlungs- und Kleingartenangelegenheiten, Reichsheimstätten

8 Gemeinnützige Wohnungsunternehmen; Betreuungsunternehmen

**Dezernat 41 – Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen – Primar- und Sekundarstufe I –
(innere Schulangelegenheiten)**

- 1 Übergreifende und stufenbezogene Aufgaben der Aufsicht
 - 1.1 nach Lernbereichen/Fächern
 - 1.11 Sprachlicher Bereich
 - 1.12 Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich
 - 1.13 Religionslehre
 - 1.14 Mathematischer und naturwissenschaftlicher Bereich
 - 1.15 Kunst, Musik, Textilgestaltung und Hauswirtschaft, Mitwirkung im Fach Sport
 - 1.16 Arbeitslehre, Schule/Wirtschaft
 - 1.17 Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung, Umweltschutz
 - 1.18 Sachunterricht in der Grundschule
 - 1.2 nach Sachgebieten
 - 1.21 Mitwirkung von Schülern und Erziehungsberechtigten in der Schule
 - 1.22 Generelle und Einzelentscheidungen auf dem Gebiet der Schulberatung (schulpsychologischer Dienst, Schullaufbahnberatung)
 - 1.23 Mitwirkung bei Fragen der Schulpflicht, Sonderunterricht
 - 1.24 Ersatz- und Ergänzungsschulen
 - 1.25 Unterricht für Ausländerkinder und für Spätaussiedler
 - 1.26 Generelle und Einzelentscheidungen über Unterrichtsausfall
 - 1.27 Generelle und Einzelentscheidungen auf den Gebieten des Schulwanderns und der Schulfahrten, der Lehrer- und Schülerbüchereien und der Freizeitgestaltung
 - 1.28 Schülerwettbewerbe
 - 1.29 Förderung von Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und Recht-schreibens; Silentien
 - 1.3 nach Schulstufen und für die Sonderschulen
 - 1.31 Mitwirkung bei der Aufsicht über die Gesamtseminare
 - 1.311 in der allgemeinen Aufsicht
 - 1.312 in Fragen der Ausbildung
 - 1.313 in Fragen der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung
 - 1.32 Mitwirkung bei beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Lehramtsanwärter und bei der Zuwei-sung zu den Gesamtseminaren
 - 1.33 Mitwirkung bei der Schulentwicklungsplanung
- 2 Schulformbezogene Aufgaben
 - 2.1 bei Grund-, Haupt- und Realschulen
 - 2.11 in regionaler Gliederung (unter Angabe der Schulform)
 - 2.111 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Schulleitung und Schulaufsicht
 - 2.112 Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Schulräte und der Lehrkräfte und beim Lehrerzuweisungsverfahren
 - 2.113 Mitwirkung bei Maßnahmen der Schulorganisation und des Schulbaus, Überprüfung der Klassen-bildung
 - 2.114 Mitwirkung bei sonstigen Schulverwaltungsangelegenheiten
 - 2.12 in Sachgebieten (unter Angabe der Schulform)
 - 2.121 Schulversuche
 - 2.122 Mitwirkung bei Angelegenheiten der Gesamtschulen
 - 2.123 Lehr- und Lernmittel, Medien und programmierter Unterricht

- 2.124 Übergang in andere Schulformen, Schülerzeugnisse, Fremdenprüfungen, Mitwirkung bei Prüfungen nach dem Weiterbildungsgesetz

Nur Köln:

Anerkennung des Hauptschulabschlusses, der Realschulabschlüsse und der Fachoberschulreife

- 2.125 Schulräte- und Schulleiterkonferenzen

- 2.126 Mitwirkung bei der Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung und bei entsprechenden beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten

- 2.127 Anerkennung von Lehrerprüfungen

Nur Realschulen:

- 2.128 Zuerkennung der fachgebundenen Hochschulreife für Fachlehrer

- 2.2 bei Sonderschulen

- 2.21 in regionaler Gliederung

- 2.22 nach Behinderungsarten

Nur Arnsberg:

- 2.23 Anerkennung von Zeugnissen von Schulen für Geistigbehinderte und Schulen für Lernbehinderte (Sonderschulen) außerhalb Nordrhein-Westfalens

Dezernat 42 – Berufsbildende Schulen, Kollegschaften – Sekundarstufe II –, Gesamtschulen sowie nur Detmold: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe (innere Schulangelegenheiten)

- 1 Übergreifende und stufenbezogene Aufgaben der Aufsicht
 - 1.1 nach Lernbereichen/Fächern und Fachrichtungen
 - 1.11 Sprachlicher Bereich
 - 1.12 Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich
 - 1.13 Religionslehre
 - 1.14 Mathematischer und naturwissenschaftlicher Bereich
 - 1.15 Kunst/Gestaltung, Musik, Textilgestaltung, Mitwirkung im Fach Sport
 - 1.16 Arbeitslehre, Schule/Wirtschaft
 - 1.17 Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung, Umweltschutz
 - 1.18 fachbezogener Unterricht in den Fachrichtungen
 - gewerblich-technisch
 - kaufmännisch
 - allgemein-gewerblich und hauswirtschaftlich
 - sozialpädagogisch
 - landwirtschaftlich
 - 1.2 nach Sachgebieten
 - 1.21 Mitwirkung von Schülern, Erziehungsberechtigten und für die Berufserziehung Mitverantwortlichen in der Schule
 - 1.22 Generelle und Einzelentscheidungen auf dem Gebiet der Schulberatung (schulpsychologischer Dienst, Schullaufbahnberatung)
 - 1.23 Mitwirkung bei Fragen der Schulpflicht
 - 1.24 Ergänzungsschulen
 - 1.25 Unterricht für jugendliche Ausländer und für jugendliche Spätaussiedler; Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis und arbeitslose Jugendliche; Jugendarbeit an berufsbildenden Schulen; Silentien
 - 1.26 Generelle und Einzelentscheidungen über Unterrichtsausfall
 - 1.27 Generelle und Einzelentscheidungen auf den Gebieten des Schulwanderns und der Schulfahrten, der Lehrer- und Schülerbüchereien und der Freizeitgestaltung
- Nur Düsseldorf:**
Internationaler Schüleraustausch für das Land Nordrhein-Westfalen
- 1.28 Schülerwettbewerbe
 - 1.29 Angelegenheiten der Ganztagschule
 - 1.3 nach Schulstufen
 - 1.31 Aufsicht über die Gesamtseminare im Zusammenwirken mit den Schulkollegien
 - 1.311 in der allgemeinen Aufsicht
 - 1.312 in Fragen der Ausbildung
 - 1.313 in Fragen der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung
 - 1.314 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung
 - 1.32 Mitwirkung bei beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Referendare und bei der Zuweisung zu den Gesamtseminaren
 - 1.33 Mitwirkung bei der Schulentwicklungsplanung

- 2 Schulformbezogene Aufgaben
- 2.1 bei Gesamtschulen, Kollegschaften, nur **Detmold**: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe, berufsbildende Schulen, letztere nach Fachrichtungen
 - gewerblich-technisch
 - kaufmännisch
 - allgemein-gewerblich und hauswirtschaftlich
 - sozialpädagogisch
 - landwirtschaftlich
 - und unter Angabe der regionalen Aufgliederung
- 2.11 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Schulleitung, für Funktionen und für die Schulaufsicht
- 2.12 Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Lehrkräfte
- 2.13 Mitwirkung bei Maßnahmen der Schulorganisation und des Schulbaus sowie bei der Bildung von Bezirksfachklassen; Überprüfung der Klassenbildung
- 2.14 Mitwirkung bei sonstigen Schulverwaltungsangelegenheiten
- 2.2 in Sachgebieten (unter Angabe der Schulform)
- 2.21 Schulversuche
- 2.22 Lehr- und Lernmittel, Medien und programmierter Unterricht
- 2.23 Übergang in andere Schulformen, Schülerzeugnisse (u. a. Gleichstellung ausländischer Bildungsnachweise mit den Abschlüssen der Berufsfachschule (Fachschule), Fremdenprüfungen
- 2.24 Schulleiterkonferenzen
- 2.25 Mitwirkung bei der Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung und bei entsprechenden beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten
- 2.26 Anerkennung von Lehrerprüfungen und von Zeugnissen aus anderen Ländern
- 2.3 nur berufsbildende Schulen
- 2.31 Praktikantenausschüsse
- 2.32 Mitwirkung bei der Aufsicht über Sonderschulen im Bildungsbereich der beruflichen Schulen
- 2.33 Ausbildung von Werkstatthehrern
- 2.34 Praktisch-pädagogische Einführung von Fachlehrern
- 2.35 Prüfungen für Fachlehrer der schreibtechnischen Fachrichtung
- 2.36 Angelegenheiten der Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz
- 2.361 Mitwirkung bei der Berufsbildung durch die „zuständigen Stellen“, Berufsbildungsausschüsse, Prüfungsausschüsse
- Nur Arnsberg, Köln, Düsseldorf, Münster:**
- 2.362 „Zuständige Stelle“ für die Hauswirtschaft
- 2.4 nur Gesamt- und Kollegschaften:
 - Mitwirkung bei der Vorbereitung, Planung und Entwicklung von Struktur, Organisation und Curriculum (z. B. Lernbereiche, Fächer) der Gesamtschulen und Kollegschaften

Dezernat 44.I - Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer

- 1 Allgemeine Angelegenheiten
 - 1.1 Gemeinsame beamten-, tarif- und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten
 - 1.2 Stellenplanangelegenheiten (Stellendatei), Statistik des Personalwesens
 - 2 Grund- und Hauptschulen - Personalangelegenheiten der Schulräte, Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 3 Sonderschulen - Personalangelegenheiten der Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 4 Realschulen - Personalangelegenheiten der Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 5 Berufsbildende Schulen - Personalangelegenheiten der Lehrer und Referendare
- Nur Düsseldorf:**
- Personalangelegenheiten der Professoren der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf
 - 6 Gesamt- und Kollegschaften, Gesamtseminare - Personalangelegenheiten der Lehrer-, hauptberufliche Berater aller Schulformen
- Nur Detmold:**
- 7 Gymnasien im ehemaligen Land Lippe - Personalangelegenheiten der Lehrer
-

Anmerkung zu 44.I:**Zu Nr. 2-7:**

Hierzu gehören u. a.:

Ein- und Anstellung, Beförderung, Festsetzung des BDA, Dienstaufwandsentschädigung, Höhergruppierung, Abordnung, Pflichtstundenermäßigung, Versetzung, Entlassung, Versetzung in den Ruhestand, Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben, Krankheit, Urlaub, Dienstunfälle, Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten, sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigung, Schadenshaftung, Angelegenheiten der nebenamtlich und nebenberuflich tätigen Lehrkräfte und der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis einschließlich Festsetzung der Grundvergütung, Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen einschließlich Lehrern an Ersatzschulen, Durchführung des Schwerbehindertengesetzes.

Dezernat 44.II – Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen

- 1 Schulorganisation, Schulbau
 - 1.1 Schulentwicklungsplanung
 - 1.2 Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen, Angelegenheiten der Schulträger, Bildung von Bezirksfachklassen
 - 1.3 Schulbau, Sportstättenbau
 - 1.31 Baumaßnahmen für alle Schulformen einschl. Schulversuche, Gesamtseminare und Prüfungsämter sowie für Einrichtungen der Weiterbildung
 - 1.32 Förderung von Schullandheimen und Schülerwohnheimen
 - 1.33 Beihilfen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Einrichtungen des Sports und Schulsports
- 2 Wirtschaftliche Angelegenheiten
 - 2.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 2.2 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Lehrer
 - 2.21 Beihilfen, Unterstützungen, Vorschüsse
 - 2.22 Dienstreisen, Reisekosten, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge, Trennungsschädigung, Umzugskosten
 - 2.3 Schülerbeförderung, Schülerfahrkosten
 - 2.4 Landesjugendplan (außer Nr. 1.32)
 - 2.5 Sonstige Ausgaben
- 3 Schulrechts- und andere Schulverwaltungsangelegenheiten
- 4 Privatschulen
 - 4.1 Ersatzschulen
 - 4.2 Ergänzungsschulen
- 5 Kirchensachen

Dezernat 45 – Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport**1 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung****1.1 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege****1.11 Aufbau und Förderung von Büchereien, kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen****1.12 Förderung des Theaterwesens (Kommunaltheater, Landestheater, Privattheater, Puppen- und Freilichtbühnen, Laientheater, Theaterbauten und bühnentechnische Einrichtungen in Mehrzweckhallen)****1.13 Medien (Film und Fernsehen, Bildstellen, Medienzentren)****1.14 Bildende Kunst (Allgemeine Künstlerförderung, Förderung von Ausstellungen, Ankäufen und Veranstaltungen der Museen, Zuschüsse zu Neu- und Wiederaufbauten von Museen)****1.15 Musikwesen (Orchester und öffentliche Musikpflege, Musikwettbewerbe, Förderung von Musikschulen und von Musikverbänden)****Nur Düsseldorf und Münster:**

Geschäfte der Prüfungsämter für die Staatl. Prüfung für Kirchenmusiker und für die Staatl. Prüfung für Musikschullehrer und selbständige Musiklehrer

Nur Köln:**1.16 Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Assistent an Bibliotheken****1.2 Weiterbildung****1.21 Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung in kommunaler und anderer Trägerschaft****1.22 Anerkennung von Einrichtungen der Weiterbildung****1.23 Schulabschlüsse an Einrichtungen der Weiterbildung****1.24 Weiterbildungsentwicklungsplanung****1.25 Fachliche Mitwirkung bei Maßnahmen nach dem Schulbauprogramm****2 Schul- und Vereinssport****2.1 Grundsatz- und Einzelentscheidungen im Schulsport****2.11 Mitwirkung bei Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte durch die Gesamtseminare****2.12 Berufung der Fachberater und Beteiligung bei der Berufung von Fachleitern****Nur Münster:**

Anerkennung ausländischer Sportlehrerzeugnisse

2.13 Schul-Sonderturnen**2.14 Schulsportwettkämpfe****2.2 Angelegenheiten der Turn- und Sportvereine und der -fachverbände****2.3 Sportstättenbau und -ausstattung****2.31 Sportfachliche Mitwirkung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulsport- und anderen Sportstätten****2.32 Zuschüsse zur Beschaffung von Turn- und Sportgeräten für Schulen und Vereine****Nur Düsseldorf:****2.4 Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Schwimmestergewerkschaft**

Dezernat 51 – Landschaft, Fischerei

1 Fachtechnische Angelegenheiten

- 1.1 Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale, geschützte Landschaftsbestandteile
- 1.2 Landschaftspläne
- 1.3 Naturparke und bevorzugte Erholungsgebiete
- 1.4 Mitwirkung an der Landes- und Gebietsentwicklungsplanung
- 1.5 Mitwirkung bei Straßenplanungen, Flurbereinigung und anderen landschaftsverändernden Planungen und Maßnahmen
- 1.6 Abgrabungen und entsprechende Verfahren nach dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Abfallbeseitigungsgesetz
- 1.7 Landschaftsbeiräte, Landschaftswacht, Verbände und Vereine

2 Verwaltungsangelegenheiten

- 2.1 Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale, geschützte Landschaftsbestandteile
- 2.2 Landschaftspläne
- 2.3 Artenschutz, Wildfreigehege
- 2.4 Erholung in der freien Landschaft; besondere Duldungsverhältnisse
- 2.5 Sonstige Angelegenheiten des Landschaftsgesetzes und des Bundesnaturschutzgesetzes
- 2.6 Finanzielle Förderung, Grunderwerb
- 2.7 Abgrabungen und entsprechende Verfahren nach dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Abfallbeseitigungsgesetz

3 Fischerei

- 3.1 Aufgaben nach dem Landesfischereigesetz und der Landesfischereiordnung
- 3.2 Mitwirkung bei fischereirelevanten Maßnahmen
- 3.3 Fachberatung bei nicht gewerblich genutzten Fischgewässern

Dezernat 52 - Gewerbliche Wirtschaft**1 Wirtschaftsangelegenheiten****1.1 Wirtschaftsförderung****1.11 Regionale Wirtschaftsförderung****1.111 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“****1.112 Übrige wirtschaftsschwache Gebiete des Landes****1.113 Bescheinigungsverfahren nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur****1.12 Maßnahmen der sektoralen Strukturpolitik****1.13 Förderung des Mittelstandes und der freien Berufe****1.14 Sonderprogramme und sonstige Förderungsmaßnahmen****1.2 Sonstige Bundes- und Landeszuwendungen an die Wirtschaft und andere Einrichtungen****1.3 Bescheinigungsverfahren nach § 7 d Abs. 2 Nr. 2 Einkommensteuergesetz****1.4 Stellungnahmen zu Anträgen auf Erlangung der Grundsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 5 Grundsteuergesetz****1.5 Sonstige betriebswirtschaftliche Aufgaben****Nur Düsseldorf:****1.6 Stelle für Innerdeutschen Handel für Nordrhein-Westfalen****2 Preisüberwachung****2.1 Preisrechtliche Prüfung von öffentlichen Aufträgen****2.11 Aufträge im Rahmen der Bauwirtschaft****2.12 Sonstige Aufträge****2.2 Gebühren, Beiträge, Entgelte aller Art****2.21 Pflegesätze****2.22 Gebühren, Beiträge, sonstige Entgelte****2.3 Mieten, Pachten****2.4 Ernährung und Landwirtschaft einschließlich Verarbeitungsbetriebe****2.5 Gewerbliche Wirtschaft, Energiewirtschaft****2.6 Preisauszeichnung, Preisbeobachtung****3 Handwerk, Handel und Gewerbe****3.1 Handwerk****3.11 Ausnahmewilligungen zur Eintragung in die Handwerksrolle****3.12 Untersagung und Schließung von Handwerksbetrieben****3.13 Schornsteinfegerangelegenheiten****3.14 Hufbeschlagangelegenheiten****3.2 Handel und Gewerbe (insbesondere Gewerbeüberwachung)****3.21 Handel****3.22 Stehendes Gewerbe****3.23 Reisegewerbe****3.24 Marktverkehr****3.25 Gaststättengewerbe, Sperrzeitregelungen****3.26 Sonderverkaufsveranstaltungen und Ausverkäufe****3.27 Sonstige Gewerbe- und Handelszweige**

- 3.3 Mitwirkung bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes
 - 3.4 Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“
 - 3.5 Angelegenheiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung
 - 3.51 Zuerkennung der fachlichen Eignung zum Ausbilden, Untersagung des Einstellens und Ausbildens von Auszubildenden
 - 3.52 Errichtung von Ausbildungsmeisterprüfungsausschüssen für das grafische Gewerbe
 - 3.53 Bildung und Beaufsichtigung der Meisterprüfungsausschüsse (einschl. Baumeisterprüfungsausschüsse)
 - 3.54 Mitwirkung bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung
 - 4 Angelegenheiten des privaten Versicherungsgewerbes
 - 5 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft
 - 6 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Ernährungsbereich
 - 7 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 405 Aktiengesetz
-

Anmerkungen zu 52:

Zu Nr. 1:

Hierzu gehören auch Orderlagerscheinangelegenheiten.

Zu Nr. 1.1:

Hierzu gehört auch die Sammlung von Wirtschaftsdaten.

üZu Nr. 2:

Hierzu gehört auch die Erledigung von Ermittlungsersuchen nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Zu Nr. 3.14:

Ausbildung und Prüfung der Hufbeschlagschmiede s. Dezernat 26.

Zu Nr. 3.2:

Hierzu gehört auch der Immissionsschutz aufgrund der Gewerbeordnung und des Gaststättengesetzes

Zu Nr. 3.22:

Hierzu gehören auch die Gewerbebezüge, für die auf Grund der Gewerbeordnung besondere bundes- oder landesrechtliche Verordnungen ergangen sind.

Zu Nr. 3.27:

Hierzu gehören die Gewerbebezüge, für die Regelungen in gewerberechtlichen Nebengesetzen bestehen (z. B. Blindenwarenvertriebsgesetz, Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen)

Zu Nr. 3.3:

Hierzu gehören Prüfung der Zuverlässigkeit und Haftungsangelegenheiten.

Zu Nr. 5:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen in Betrieben und Unternehmen der öffentlichen Energieversorgung mit einem Versorgungsgebiet, das über die Grenzen eines Regierungsbezirks hinausgeht.

Dezernat 53 – Verkehr

- 1 Allgemeiner Straßenverkehr einschließlich Verkehrstechnik, Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung
- 2 Fahrerlaubnis-, Fahrlehrerrecht, Anerkennung von Sachverständigen und Prüfern für den Kraftfahrzeugverkehr
- 3 Wege- und Straßenangelegenheiten
- 4 Wasserstraßen- und Hafenangelegenheiten
- 5 Personenbeförderung
- 6 Güterkraftverkehr
- 7 Eisenbahnangelegenheiten
 - 7.1 Angelegenheiten der Deutschen Bundesbahn
 - 7.2 Angelegenheiten der nicht zum Netz der Deutschen Bundesbahn gehörenden Eisenbahnen sowie der Berg- und Seilschwebbahnen des öffentlichen Verkehrs
 - 7.3 Anschlußbahnen und Anschlußgleise

Nur Düsseldorf:

 - 8 Internationaler Straßengüterverkehr

Nur Düsseldorf:

 - 9 Technische Aufsicht über Straßenbahn- und Oberleitungsomnibusunternehmen

Nur Düsseldorf und Münster:

 - 10 Angelegenheiten der Luftfahrt
 - 10.1 Flugplätze
 - 10.11 Genehmigung, Planfeststellung und Aufsicht über Landeplätze
 - 10.12 Genehmigung und Aufsicht über Segelfluggelände
 - 10.13 Durchführung der Anhörungsverfahren bei der Genehmigung und Planfeststellung von Flughäfen
 - 10.2 Luftfahrtpersonal
 - 10.3 Luftrechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse, Luftbildwesen
 - 10.4 Luftaufsicht
 - 10.5 Förderung der Luftfahrt

Nur Düsseldorf:

 - 10.6 Lärmschutzbeauftragter für die Verkehrsflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn
 - 10.7 Funk- und Fernmeldeangelegenheiten
 - 11 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Verkehrsbereich

Anmerkungen zu 53:**Zu Nr. 1:**

Hierzu gehören auch Stellungnahmen zu Planfeststellungsverfahren und zu Bauleitplanungen

Zu Nr. 2, 7 und 10

Hierzu gehören Aufgaben im Rahmen der Unabkömmlichstellung von Wehr- und Zivildienstpflichtigen, und zwar

Ausübung des Vorschlagsrechts zu Nr. 2 für im öffentlichen Auftrag tätige Wehr- und Zivildienstpflichtige bei den Technischen Überwachungsvereinen e. V.;

Abgabe von gutachtlichen Stellungnahmen zu Nr. 7 für den Bereich Bau, Unterhaltung oder Instandsetzung von Anlagen oder Einrichtungen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen und zu Nr. 10 für den Bereich der Flugplätze oder bei den unmittelbar hierzu gehörenden Umschlagbetrieben.

Zu Nr. 3:

Hierzu gehört die Entscheidung bei Umstufung von Straßen (§ 8 LStrG)

Zu Nr. 3, 5 und 7:

Hierzu gehören auch Planfeststellungsverfahren.

Dezernat 54 – Wasser, Abfallwirtschaft**1 Rechtliche Angelegenheiten**

- 1.1 Schutz der Gewässer
- 1.2 Bewirtschaftungspläne
- 1.3 Wasserentnahmen, Wasserversorgung
- 1.4 Abwassereinleitungen, Abwasserbeseitigung, Abwasserabgabe
- 1.5 Regelung des Wasserabflusses
- 1.6 Sicherung des Hochwasserabflusses
- 1.7 Wasserbuch Kontrollkartei
- 1.8 Sonstige wasserrechtliche Angelegenheiten
- 1.9 Wasser- und Bodenverbände
- 1.10 Abfallwirtschaft

2 Technische Angelegenheiten

- 2.1 Schutz der Gewässer
 - 2.2 Wasserwirtschaftliche Planungen
 - 2.3 Wasserentnahmen, Wasserversorgung, Wassersicherstellung
 - 2.4 Abwassereinleitungen, Abwasserbeseitigung, Abwasserabgabe
 - 2.5 Regelung des Wasserabflusses
 - 2.6 Sicherung des Hochwasserabflusses
 - 2.7 Bodenverbesserung, Wirtschaftswegebau
 - 2.8 Unterhaltung und Ausbau landeseigener Gewässer
 - 2.9 Wasser- und Bodenverbände
 - 2.10 Abfallwirtschaft
 - 2.11 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der bei den Staatlichen Ämtern für Wasser- und Abfallwirtschaft tätigen technischen und naturwissenschaftlichen Dienstkräfte
 - 2.12 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft
- 3 Wahrung wasserwirtschaftlicher, landeskultureller, allgemeiner land- und forstwirtschaftlicher Belange im Bergbau**
-

Dezernat 55 – Vertriebenenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung

- 1 Aussiedler, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge sowie asylbegehrende Ausländer
 - 1.1 Anerkennung der Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft

Nur Köln:

Anerkennung der Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben
 - 1.2 Beendigung der Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen
 - 1.3 Wirtschaftliche und berufliche Eingliederung
 - 1.4 Soziale Betreuung; Härtebeihilfen, Einrichtungsdarlehen
 - 1.5 Sprachliche, schulische und berufliche Förderung nach dem Garantiefonds, Nachhilfeunterricht
 - 1.6 Kulturelle Betreuung
 - 1.7 Zuschüsse für die Beratung ausländischer Flüchtlinge sowie asylbegehrender Ausländer
 - 1.8 Aufnahme, Umeinweisung, vorläufige Unterbringung; Übergangsheime
 - 1.9 Zuzugsbescheinigungen
 - 1.10 Anerkennung der Eigenschaft als politischer Häftling

Nur Köln:

Anerkennung der Eigenschaft als politischer Häftling für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben, sowie die Gewährung von Eingliederungshilfen und Ausgleichsleistungen
 - 1.11 Angelegenheiten der Vertriebenen- und Flüchtlingsbeiräte

Nur Münster:
 - 1.12 Lettisches Gymnasium und Internat
 - 1.13 Förderung kultureller Belange heimatloser Ausländer
- 2 Wohlfahrtspflege
 - 2.1 Sozialhilfe
 - 2.2 Kriegsopferversorge
 - 2.3 Aufgaben nach dem Heimgesetz
 - 2.4 Jugendwohlfahrt
 - 2.5 Landeshilfe für hochgradig Sehschwache
 - 2.6 Kriegsfolgenhilfe, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 2.7 Zuwendungen für soziale Zwecke
 - 2.8 Sonstige Angelegenheiten der Wohlfahrtspflege, Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht
 - 2.9 Soziale Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer
 - 2.10 Besucherreiseverkehr
 - 2.11 Erstattung von Aufwendungen der Sozialhilfe für ausländische Flüchtlinge sowie asylbegehrende Ausländer, auch nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz
- 3 Überwachung der Ableistung des Berufspraktikums der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, Anerkennung der Ausbildungsstellen für das Berufspraktikum, staatl. Anerkennung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen

Nur Köln und Münster:

Staatliche Anerkennung von Familienpflegern/innen
- 4 Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige und Zivildienstpflichtige, Dienstleistende im Bundesgrenzschutz und deren Angehörige

Nur Köln und Münster:

- 5 Tuberkulosehilfe für die Bediensteten und Versorgungsempfänger des Landes und ihre Familienangehörigen
- 6 Angelegenheiten der Kriegsgefangenenentschädigung und sonstige Förderungsmaßnahmen

Nur Köln:

Kriegsgefangenenentschädigung für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben

- 7 Beschwerden nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (Beschwerdeausschüsse)
-

Anmerkung zu 55:

Zu Nr. 2.7:

Hierzu gehören Zuwendungen an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, für Erholungsmaßnahmen für alte Menschen, zu sozialen Rehabilitation von Obdachlosen, Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen der in Werkstätten tätigen Behinderten.

Nur Köln:

Dezernat 56 – Wiedergutmachung

- 1 Haushaltsangelegenheiten
- 2 Ansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und dem BEG-Schlußgesetz
- 3 Ansprüche nach dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes
- 4 Landesrechtliche Betreuungsmaßnahmen
- 5 Gutachtliche Tätigkeit für Sozialversicherungsträger und andere Behörden

Nur Münster:

Dezernat 57 – Lastenausgleich

- 1 Lastenausgleich
 - 1.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 1.2 Schadensfeststellung nach dem Feststellungsgesetz, Hauptentschädigung nach dem LAG
 - 1.3 Kriegsschadenrente
 - 1.4 Hausratentschädigung
 - 1.5 Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener, Altsparerentschädigung
 - 1.6 Wohnraumhilfe
 - 1.7 Eingliederungsdarlehen
 - 1.8 Härtefonds
 - 1.9 Ausbildungshilfe
 - 1.10 Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen mit Mitteln des Ausgleichsfonds
 - 1.11 Beihilfen an Vertriebene im Ausland
 - 1.12 Einrichtungshilfe, Beihilfe zum Lebensunterhalt und Eingliederungsdarlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz
 - 1.13 Feststellung und Beweissicherung von Schäden in der DDR gem. BFG
- 2 Beschwerden im Rahmen der Kriegsfolgengesetzgebung
- 3 Härteregelung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz
- 4 Leistungen an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte

Dezernat 61 – Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates; Erarbeitungsverfahren

- 1 Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates
- 2 Planungsrechtliche Fragen
- 3 Regionale Entwicklungsplanung
- 3.1 Vorbereitung der Plankonzeption des GEP
- 3.2 Durchführung des Erarbeitungsverfahrens
- 3.3 Abstimmung grenzüberschreitender Planungen
- 4 Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung
- 4.1 Landesplanerische Abstimmung der Bauleitplanung
- 4.2 Anpassung der Bauleitpläne
- 4.3 Sonstige Verfahren zur Zielsicherung
- 5 Kartographie, Raumordnungskataster und technische Einrichtungen

Dezernat 62 – Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur

- 1 Planungsgrundlagen
 - 1.1 Raumforschung
 - 1.2 Regionalstatistik und -prognosen
 - 1.3 Infrastrukturbestandsaufnahme
 - 2 Raumbeobachtung
 - 2.1 Regionalstatistik
 - 2.2 Regionalprognosen
 - 2.3 Erfolgskontrolle
 - 3 Raumwirksame Investitionen
 - 3.1 Analyse der strukturwirksamen Mittel
 - 3.2 Raumordnungspolitische Maßnahmen
 - 4 Wirtschaftsbeobachtung
 - 5 Landesentwicklungsplan I/II
-

Anmerkung zu 62 bis 65:

1. Fachliche Vorbereitung der Gebietsentwicklungspläne
2. Plankontrolle
3. Mitwirkung bei Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
4. Mitwirkung bei Planungsmaßnahmen anderer Fachbehörden, Fachdezernate und sonstiger Planungsträger
5. Mitwirkung bei der landesplanerischen Abstimmung der Bauleitplanung

Dezernat 63 – Siedlungsstruktur

- 1 Siedlungsbereiche
 - 1.1 Wohnsiedlungsbereiche/Siedlungsschwerpunkte
 - 1.2 Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche
 - 1.3 Bereiche für standortgebundene Anlagen
 - 1.4 Gebiete für flächenintensive Großvorhaben
 - 1.5 Ansiedlung von großflächigen Handelsbetrieben
 - 2 Bereiche und Standorte für besondere öffentliche Einrichtungen
 - 3 Energieversorgungsanlagen (ohne Versorgungsleitungen)
 - 3.1 Konventionelle Kraftwerke
 - 3.2 Kernkraftwerke
 - 4 Bereiche für besondere öffentliche Zwecke
 - 5 Landesentwicklungsplan IV, Landesentwicklungsplan VI
-

Dezernat 64 - Naturraum

- 1 Land- und Forstwirtschaft
 - 1.1 Agrarbereiche
 - 1.2 Waldbereiche
 - 2 Wasserwirtschaft
 - 2.1 Wassergewinnung einschl. Wasservorratsräume
 - 2.2 Abwasserbeseitigung
 - 2.3 Vorflutregelung, Hochwasserschutz
 - 3 Standorte für Abfallbehandlungs- und Abfallbeseitigungsanlagen
 - 4 Landschafts- und Erholungsräume
 - 4.1 Bereiche für den Schutz der Natur und der Landschaft
 - 4.2 Bereiche für besondere Pflege und Entwicklung der Landschaft
 - 4.3 Kurgeliete, Erholungsbereiche; Freizeit- und Erholungsschwerpunkte
 - 5 Bereiche für die Gewinnung von Bodenschätzen (ohne Braunkohle)
 - 6 Bereiche für Aufschüttungen größeren Umfangs
 - 7 Sonstige Belange des Umweltschutzes und der Ökologie
 - 8 Landesentwicklungsplan III, Landesentwicklungsplan V
-

Dezernat 65 – Verkehrs- und Leitungswege**1 Verkehrsnetz****1.1 Straßen****1.2 Schienenwege****1.3 Öffentlicher Personennahverkehr****1.4 Wasserstraßen****1.5 Flugplätze****2 Leitungsbänder****2.1 Elektrizitätsfernleitungen einschl. Umspannwerke****2.2 Rohrfernleitungen****2.3 Richtfunkstrecken, Funkübertragungsstellen****3 Luftraumbeschränkungen, Flugschneisen****4 Bestandsdarstellung der Bandinfrastruktur**

Nur Köln:

Dezernat 66 – Braunkohle

- 1 Geschäftsstelle des Braunkohlenausschusses
- 2 Braunkohlenplanung
 - 2.1 Vorbereitung der Plankonzeption
 - 2.2 Durchführung des Erarbeitungsverfahrens
 - 2.3 Planungskontrolle und -überarbeitung
- 3 Sonstige Verfahren im Zusammenhang mit der Braunkohlenplanung
 - 3.1 Mitwirkung bei der Anpassung der Bauleitpläne und bergbaulichen Betriebspläne an die Braunkohlenplanung
 - 3.2 Mitwirkung bei fachgesetzlichen Genehmigungsverfahren
- 4 Härteausgleich, Beratung von Tagebaubetroffenen

– MBl. NW. 1981 S. 1304.

II.

Hinweise

**Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums
und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Nr. 6 v. 25. 6. 1981

(Einzelpreis dieser Nummer 7,80 DM zuzügl. Portokosten)

A. Amtlicher Teil**I Kultusminister**

Personalnachrichten	162	Prüfungsordnung für die Fachrichtung Druckereitechnik in Fachhochschulstudiengängen und entsprechenden Studiengängen an Gesamthochschulen; hier: Änderung. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 8. 5. 1981	182
Verordnung über den Schulbezirk der Bezirksfachklasse für Betonstein- und Terrazzohersteller und für Betonwerker an der Städtischen Berufsschule für Landesfachklassen in Gelsenkirchen vom 31. März 1981	162	3. Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Aachen. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 10. 6. 1981	183
Neufassung der Verwaltungsvorschriften des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen für die Förderung von Informationsreisen an die Grenze zur DDR (Stand 1. Mai 1981). Bek. d. Kultusministers v. 11. 5. 1981	162	3. Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Bielefeld. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 10. 6. 1981	183
Laufbahnverordnung; hier: Vierte Verordnung zur Änderung der Laufbahnverordnung vom 25. März 1981. RdErl. d. Kultusministers v. 11. 5. 1981	164	3. Änderung der Beitragsordnung des Akademischen Förderungswerks Bochum – Studentenwerk –. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 22. 5. 1981	183
Schule für Blinde (Sonderschule); hier: Richtlinien. RdErl. d. Kultusministers v. 16. 4. 1981	164	3. Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Dortmund. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 10. 6. 1981	183
Blockzeiten für den Berufsschulunterricht; hier: Berufsschulunterricht für die Berufe der Bauwirtschaft (Stufenausbildung) im Schuljahr 1981/82. RdErl. d. Kultusministers v. 14. 5. 1981	164	3. Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Duisburg. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 22. 5. 1981	183
Deutscher Chorwettbewerb 1982. RdErl. d. Kultusministers v. 24. 4. 1981	164	3. Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Düsseldorf. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 10. 6. 1981	183
Zulassung zum Leihverkehr der deutschen Bibliotheken. RdErl. d. Kultusministers v. 24. 4. 1981	164	4. Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Essen. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 10. 6. 1981	183
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung einer Außenstelle des Abendgymnasiums der Stadt Lippstadt in der Stadt Attendorn. Bek. d. Kultusministers v. 4. 5. 1981 ..	165	3. Änderung der Beitragsordnung des Studentenwerks Paderborn. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 10. 6. 1981	184
		Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 11. 5. 1981	184
II Minister für Wissenschaft und Forschung			
Magisterprüfungsordnung der Abteilung für Philologie an der Ruhr-Universität Bochum vom 14. 6. 1978. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 24. 4. 1981	166	B. Nichtamtlicher Teil	
Diplomprüfungsordnung der Fachabteilung für Bapingenieurwesen der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen vom 12. 1. 1981. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 24. 4. 1981	171	Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers	184
Promotionsordnung der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld vom 12. 11. 1980. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 6. 5. 1981	178	Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 6. Mai bis 26. Mai 1981	186
Grundordnung der Fachhochschule Bochum; hier: Änderung der als Vorläufige Grundordnung weitergeltenden Verfassung. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 6. 5. 1981	182	Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 29. Mai bis 4. Juni 1981	188
		C. Anzeigenteil	
		Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen	189

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**Nr. 11 v. 1. 6. 1981**

(Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		Ausschreibungen	
Maßnahmen zur Durchführung der Bewährungsaufsicht	121	Gesetzgebungsübersicht	128
Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi); hier: Änderungen und Ergänzungen des bundeseinheitlichen Teils	121	Rechtsprechung	
Bekanntmachungen	126	Strafrecht	
Personalnachrichten	127	StVollstrO § 45. – Unterbrechung der Strafvollstreckung bei Vollzugsuntauglichkeit OLG Hamm vom 31. Oktober 1980 – 1 VAs 60/80	130

– MBl. NW. 1981 S. 1353.

Nr. 12 v. 15. 6. 1981

(Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM zuzügl. Portokosten)

Allgemeine Verfügungen	
Stellenbesetzung	133
Führung eines Lagerbuchs und Sicherstellung der zügigen Abwicklung eingelagerter Gegenstände	133
Bekanntmachungen	134
Personalnachrichten	141
Ausschreibungen	143
Rechtsprechung	
Strafrecht	
StPO § 37 I; ZPO § 181 I. – Eine Ersatzzustellung nach § 181 I ZPO ist durch Übergabe der Sendung an die geschiedene Ehefrau des Adressaten auch dann nicht wirksam möglich, wenn diese mit ihm in einem eheähnlichen Verhältnis weiterhin oder wieder zusammenlebt. OLG Hamm vom 15. Dezember 1980 – 6 Ws 232/80	143

– MBl. NW. 1981 S. 1353.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr**Sitzungen der Verbandsversammlung
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
und der Ausschüsse**

Bek. d. Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
v. 24. 6. 1981

- a) Am Freitag, dem 17. Juli 1981, 16.00 Uhr, findet im Ratsaal des Rathauses Essen, Porscheplatz, eine Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr statt.
Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 9. Dezember 1980
 2. Wahlen zu den Ausschüssen
 3. Jahresrechnung 1980
 4. Sachstandsbericht über den Verbundverkehr
 5. Dokumentation über Verkehrsetat, Eigenkostenschätzung der VRR-GmbH, Erfolgsplan, Tarifvorlage, Rahmenfahrplan, Wirtschaftsplan der VRR-GmbH und Erfolgsrechnung
 6. Eigenkostenschätzung der VRR-GmbH 1981
 7. Verkehrsetat 1982 und Eigenkostenschätzung der VRR-GmbH 1982
- b) Am 17. Juli 1981, 14.00 Uhr, tagen ebenfalls in öffentlicher Sitzung im Essener Rathaus der Verkehrsausschuß (Raum R. 1.17) und der Finanz- und Tarifausschuß der Verbandsversammlung (Raum R. 3.27).

Essen, den 24. Juni 1981

Der Vorsitzende
der Verbandsversammlung
Krings

– MBl. NW. 1981 S. 1354.

Einzelpreis dieser Nummer 12,- DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 70,80 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 141,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0341-194 X